



## Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)  
"Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr"  
und im Netzwerk "Stay Grounded"



28.07.2024

### Killt die Landesregierung die UFP-Studie ?



**SOURCE FFR**  
Study On Ultrafine particles  
in the Frankfurt airport Region

Mit einer harmlos klingenden [Pressemitteilung](#) ("*Ultrafeinstaubstudie SOURCE FFR – Gesundheitsstudie ausgeschrieben*") verkündet das "Forum Flughafen und Region / Umwelthaus" einen drastischen Einschnitt im geplanten Umfang der Wirkungsstudie ("exposure and health") von [SOURCE FFR](#).

Die "Studie über ultrafeine Partikel in der Region Flughafen Frankfurt" wird keine "runde Sache".

Bereits die "Belastungsstudie" enthält Auslassungen, unvollständige und fehlplazierte Elemente, und von der "Wirkungsstudie" bleibt anscheinend fast nichts mehr übrig.

Von den im vorher beauftragten [Studien-Design](#) vorgeschlagenen sechs Teilstudien, die ein Gesamtkonzept bilden sollten, enthält die Ausschreibung lediglich zwei. Darunter ist eine Schreibtisch-Studie, die zu den preiswerten Elementen des Konzepts gehört (6 % der Gesamtkosten lt. Kostenkalkulation im Studien-Design).

Das ist noch weniger als das im Design wohl als wissenschaftlich gerade eben noch sinnvoll beschriebene Minimal-Konzept 1, das aus drei Elementen besteht und von dem es dort heisst: "*Die kausale Aussagekraft eines solchen Programms wäre ... erheblich eingeschränkt.*"

Die "Wissenschaftliche Qualitätssicherung" des Projektes hatte vom FFR "*unter anderem aufgrund der damit einhergehenden Kostenfolgen*" den Auftrag, "*zwischen den Vor- und Nachteilen verschiedener Module*" abzuwägen und [empfiehlt](#) immerhin noch vier Teilstudien zur Umsetzung.

Aber wissenschaftliche Argumente spielen hier offensichtlich keine Rolle.

Die Erklärung für diese Entwicklung, die in deutlichem Widerspruch zu früheren Aussagen steht, kann eigentlich nur in der Kostenkalkulation liegen. Die Schätzung für die beiden ausgeschriebenen Module beläuft sich auf 2,2 Mill. Euro, weniger als 30 % der Kosten für das Gesamtkonzept und weniger als 60 % der Kosten für das Minimal-Konzept der Designstudie.

Noch weniger zu beauftragen wäre praktisch gleichbedeutend mit einem Verzicht auf eine Wirkungsstudie und politisch wohl zu riskant. Die schon über ein Jahr laufende vertraglich festgelegte Belastungsstudie wird zwar auch eigenständig Ergebnisse liefern, die aber überwiegend von wissenschaftlichem Interesse sind und wenig direkten Nutzen für die Bevölkerung bringen. Die Ergebnisse gar nicht dafür zu nutzen, Aussagen über die gesundheitlichen Risiken zu machen, wäre ein allzu offensichtlicher Betrug.

Betrug bleibt es natürlich trotzdem, u.a. auch deshalb, weil das Modul, das nach WQS-Einschätzung einen besonderen "*Erkenntnisgewinn für Institutionen, die für Festlegung von möglichen Immissionsgrenzwerten und Immissionsrichtwerten zuständig sind*", liefern sollte, nicht beauftragt wird. Einen Beitrag zur notwendigen Festlegung von Grenzwerten für die Ultrafeinstaub-Belastung zu liefern war aber eines der Hauptversprechen dieses Projekts, das nun offensichtlich nicht mehr gelten soll. Zusammen mit den bereits in der Konzeption der Wirkungsstudie [angelegten Mängeln](#) ergibt sich also das Bild einer politisch nicht zu vermeidenden Schein-Aktivität, die notwendig ist, um ein ungeliebtes Projekt endgültig zu beerdigen.

Solche Entscheidungen werden natürlich nicht von subalternen Gremien wie dem [FFR-Koordinierungsrat](#) getroffen. Die Verantwortung dafür trägt der Auftraggeber, der nur formal im Umwelthaus in Kelsterbach sitzt. UNH und FFR sind Einrichtungen des hessischen Wirtschaftsministeriums, das die wesentlichen Leitlinien von deren Handeln bestimmt. Man muss allerdings zunehmend den Eindruck gewinnen, dass auf dem dortigen Ministersessel nur ein Grüßaugust sitzt, so dass die eigentliche Verantwortung bei der Landesregierung und der sie dominierenden CDU liegt.

Die hält es offensichtlich nicht mehr für notwendig, Geld auszugeben, um auf Ängste und Bedenken in der Bevölkerung einzugehen und dabei zu riskieren, dass Wirtschaftsinteressen irgendwie in Gefahr geraten könnten. Künftig soll wohl ein Dekret aus der Staatskanzlei ausreichen, um festzulegen, dass alles so sein muss, wie es ist, und Nörgler zum Schweigen zu bringen.

Eine Opposition im Landtag, die eine solche Entwicklung hinterfragen könnte und wollte, gibt es seit der letzten Wahl nicht mehr. Die kommunalen Vertreter\*innen in den Gremien des FFR haben bisher auch nicht erkennen lassen, dass sie sich für einen anderen Weg einsetzen wollen. Ob und wie die Fluglärmkommission sich dazu äussern will, werden wir nach deren nächster Sitzung Anfang Oktober wissen. Alles in allem aber hat die Landesregierung wohl gute Chancen, dass auch dieser Skandal im Sommerloch untergeht.

Quelle: [www.bi-fluglaerm-raunheim.de](http://www.bi-fluglaerm-raunheim.de), Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher

Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim

Tel. +49 6142 22577

Mail [hbk@bifr.de](mailto:hbk@bifr.de)

Web [www.bi-fluglaerm-raunheim.de](http://www.bi-fluglaerm-raunheim.de)